

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

№ 224

Sachschreiber: Dr. Eberth, Leipzig

Freitag, den 3. Mai

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1918

Einmarsch in das Donez-Gebiet

Der deutsche Heeresbericht

Amlich, Großes Hauptquartier, 3. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz

In den Schlachtfrenten lebte der Artilleriekampf in einzelnen Abschnitten auf. Starker Feuerwirkung folgten feindliche Teilangriffe südlich Villers-Bretonneux und auf dem Westufer der Lore. Im Gegenstoß machten wir Gefangene. Im übrigen beschränkte sich die Infanterie auf Erkundungen. An der lothringischen Front hielt regere Tätigkeit des Feindes an.

Osten — Ukraine

Aus der Linie Icheraxinosslaw—Charkow sind wir in das Donez-Gebiet einmarschiert. Am Njowschen Meer haben wir Taganrog besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister,
Ludendorff. (W. T. V.)

Taganrog ist die Hauptstadt des gleichnamigen Kreises im Donezgebiet. Es liegt auf einer hohen und felsigen Landzunge am Njowschen Meer, 32 Kilometer westlich der Mündung des Don, besitzt einen ausgezeichneten Handels- und Kriegshafen und zählt ungefähr 52 000 Einwohner. Taganrog ist als Ausfahrtsort von außerordentlicher Wichtigkeit; vor dem Kriege wurden namentlich Weizen, Leinwand, Kaps, Gerste, Roggen, Hafer, Kaviar und Salz im Werte von ungefähr 100 Millionen Mark

ausgeführt. In Taganrog befanden sich auch zahlreiche Fabriken, die Lederwaren, Tuche, Lichte, Seilen und Wachslände herstellten; die Zücherei war sehr lebhaft.

19 000 Tonnen versenkt

Mit. Berlin, 2. Mai. (Amlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden wiederum 19 000 Br.-R.-T.o. vernichtet. Zwei Dampfer wurden im Aermelkanal aus stark gesicherten Oeleitungen herausgeschossen. Namentlich festgestellt wurden der englische Dampfer „Kingship“ (7175 Br.-R.-T.o.) und der englische Raubdampfer „Wilsons“.

Der Chef des Admiralfstabes der Marine.
Haag, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der holländische Minenleger „Rarobou“ ist gestern in der Nähe von Terzelling auf eine Mine gelaufen und gesunken. Durch die Explosion wurden sofort 5 Mann getötet; 5 Personen wurden vermisst. Der Kommandant des Schiffes wurde getötet.

Haag, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Aus London wird gemeldet: In einer undatierten Meldung aus einem Hafen des Atlantischen Ozeans wird mitgeteilt, daß an der Küste von Mexiko eine Kollision zwischen einem amerikanischen Kreuzer und dem russischen Schiff „Athens“ stattgefunden hat. Dabei wurden 61 Personen getötet, 24 sind ertrunken. Der Handelsdampfer „Persan“ innerhalb sieben Minuten, während der Kreuzer selbst unbeschädigt blieb.

Ein schwarzer Tag

E. E. Das in den letzten Tagen als unabwendbar Erwartete ist eingetreten: Das preussische Abgeordnetenhaus hat zum zweiten Male im vierten Kriegsjahre das vom König, der zugleich Deutscher Kaiser ist, geforderte gleiche Wahlrecht abgelehnt. Obwohl das Ereignis vorausgesehen war, machte es im Augenblicke, da es Wirklichkeit geworden war, doch einen unlegbar starken Eindruck. Das ist ein Vorzeichen davon, daß diese Abstimmung noch lange in unserem innerpolitischen Leben nachwirken wird, ziemlich gleich, ob die Durchsetzung des gleichen Wahlrechts schneller oder langsamer gelingen mag. Für den Augenblick und für die nächste Zeit wird der Vorgang in seiner schädlichen Wirkung noch unterstrichen durch die gegenteilige Entscheidung, die wenige Tage vorher der nationalliberale Preußentag mit einer unergieblichen größeren Mehrheit gefaßt hat. Dort auf dem Preußentage hatte die Partei, deren Landtagsfraktion in ihrer Stellung dieser Frage gegenüber am meisten zweispaltig war, von der im Lande herrschenden Stimmung ein überraschend viel einheitlicheres Bild gegeben.

Wir fragen zunächst noch nicht, wie nun der weitere Verlauf der Angelegenheit sein wird. Welchen wir erst einmal bei der Tatsache der gestrigen Abstimmung selber und ihren allgemein politischen Folgen. Wie sich auch immer die weitere Behandlung gestalten mag, gestern ist ein politisches Faktum geschaffen worden, das aus einer gewissen Agitation auch dann schwerlich verschwinden wird, wenn die Wahlreform selbst erledigt sein wird. Für die Wahlreform hat die gestrige Abstimmung ja noch keine endgültige Bedeutung; es folgt noch die dritte Lesung, es bleibt noch das Herrenhaus, es muß nach der dritten Lesung, drei Wochen darauf, eine gemeinsame Beratung beider Häuser über die Vorlage stattfinden — das alles gewährt Zeit, viel Zeit zu Verhandlungsversuchen, und je fester die Regierung bleibt und je sicherer sie im Sattel sitzt, desto günstiger werden diese Verhandlungen für das gleiche Wahlrecht ausgehen. Aber an sich bedeutet die gestrige Abstimmung doch ein politisches Geschehnis, dessen psychologische, Stimmungsmäßige Bedeutung unabhängig ist von dem Grade, in dem es die Einführung des gleichen Wahlrechts verzögert. Diese Abstimmung wird eine Rolle spielen ähnlich der Entscheidung von 1909 über die Erbschaftsteuer und wahrscheinlich eine noch viel schlimmere Rolle, denn der Kontrast der gestrigen Ablehnung zu der Zeit, in der wir leben, ist einjüngst. Diesen Gegensatz wird ganz naturgemäß die äußerste Linke weidlich ausbenten, dieses Bild wird der Veränderung der verschiedenen Volkskreise untereinander mehr schaden als dem Kommen des gleichen Wahlrechts! In welchem Sinne muß man den gestrigen Donnerstag als einen schwarzen Tag in unserer innerpolitischen Geschichte bezeichnen.

Wie hat man sich nun das weitere Schicksal der Vorlage und des Abgeordnetenhauses zu denken? Daß die Regierung das Haus sofort auflösen würde, erwartete eigentlich niemand. Die Möglichkeiten einer Einigung sind ja, wie gesagt, bei weitem noch nicht erschöpft. Auch das ist noch nicht sicher, ob sie feinerzeit, wenn alle Hoffnung auf eine Verständigung mit diesem Hause sich als eitel erweisen hätte, Neuwahlen auszusprechen würde. Vielleicht würde sie vorgehen, auf die Mitarbeit dieses Hauses in anderen Dingen nach Möglichkeit zu verzichten; ein Zustand, der sicher höchst unerwünscht wäre. Die Gegner der Regierungsvorlage rechnen freilich zweifellos mit einer gänzlich anderen Lösung, nämlich mit einer Erschütterung der Regierung. Sie wissen, daß das gleiche Wahlrecht in verhältnismäßig kurzer Zeit kommen muß, wenn diese Regierung am Ruder bleibt. Sie sagen sich aber auch, daß, falls es gelänge, diese Regierung zu stützen, die nächste nicht mehr an die Vorlage gebunden zu sein brauchte und somit wieder eine Uebereinkunft einiger Parteien angestrebt werden könnte, wie sie kurz vor dem Juli 1917 mit Wissen der Regierung bereits erzielt war, wobei dann allerdings vom gleichen Wahlrecht keine Rede wäre. Bis zum Preußentage haben diese Kreise gehofft, daß die Krone im Juli vorigen Jahres von der Regierung nicht über die Verständigung der Parteien unterrichtet worden sei, auf jener Tagung aber hat ihnen der stellvertretende Ministerpräsident die Hoffnung genommen, daß sie etwa mit einer nachträglichen Aufklärung der Krone über die Vereinbarung vom Sommer 1917 etwas für ihre Ziele erreichen könnten. Nichts desto weniger werden sie jetzt beim Monarchen alle Hebel in Bewegung setzen, die Regierung zu befechtigen. Neue — zum Teil sehr alte — Namen schwirren bereits wieder durch die politische Atmosphäre. Es bedarf keiner Worte, daß wir eine solche Niederlage der Regierung für die schlechteste aller Lösungen halten würden; denn auch sie würde nur eine Hinausschiebung bedeuten: Die Agitation für das gleiche Wahlrecht würde unvermindert weitergehen, wenn sich eine Mehrheit des Abgeordnetenhauses mit einer anderen Regierung auf ein anderes Wahlrecht einigte. Je länger diese Agitation aber dauert, desto schlimmer müssen die verhängenden Wirkungen für unsere innerpolitischen Verhältnisse überhaupt sein. Man kann also nur hoffen, daß, was auch die nächsten Wochen bringen mögen, das Vertrauen der Krone zu der jetzigen Regierung ungeschwächt bleibe.

Ein besonderes Wort verdient die Kräfteangelegenheit, in der die nationalliberale Partei schwebt. Mit dem Gedanken einer Parteispaltung ist in den letzten Wochen nicht selten gespielt worden. In der Tat haben ja die ablehnenden nationalliberalen Stimmen in der gestrigen Mehrheit eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Das gleiche Wahlrecht wäre angenommen, wenn die Fraktion auch nur annähernd geschlossen dafür eingetreten wäre. Sie war als liberale Fraktion „die nächste dazu“, näher als die Opposition im Zentrum oder als die Rechte. Es nützt nichts, innerhalb der Partei die Augen vor dieser schwerwiegenden Tatsache abzumenden, da man außerhalb der Partei einen sehr scharfen Blick dafür haben wird. Auf dem Preußentag ist auch dieser Umstand hinlänglich gewürdigt worden. Indessen, jetzt kann man noch hoffen. Und da liegt die Sache glücklicherweise so, daß alle Hoffnung von den National-

Preisgabe Yperns?

Brüssel, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die „Morning Post“ meldet von der Flämernfront: Die Lage bei Ypern muß sich in den nächsten Tagen entscheiden. Die Umgruppierungen auf beiden Kampfseiten sind deutlich festzustellen. Wenn wir Ypern freiwillig preisgeben, so werden wir hinter Ypern neue Verteidigungslinien beziehen, bis die Zeit zu unserem Vorgehen gekommen sein wird. Die „Times“ melden das Eintreffen amerikanischer Truppenabteilungen an der Ypernfront.

Brüssel, 3. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Aus Furcht vor deutscher Vorkrohung wurde laut „Stampa“ in Bunkirchen ein großer, noch im Bau befindlicher Transportdampfer von 19 000 Tonnen eiligst zum Stapel gelassen und nach Cherbourg gebracht.

Brüssel, 3. Mai. (Eig. Drahtbericht.) In den Londoner „Times“ mehren sich die Stimmen, die befürchten, daß die amerikanische Hilfe nicht mehr rechtzeitig kommt. Edwin Low erklärt, Englands Volk müsse sich vergegenwärtigen, nicht mehr mit der Kriegseinstimmung Amerikas rechnen zu können.

Haag, 3. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Londoner Meldung erklärte Robertson, der ehemalige Chef des Generalstabes, daß der Krieg noch lange dauern könne, wie lange aber, das wisse er selbst nicht zu sagen. Einer der Gründe, weshalb der Krieg bis jetzt noch nicht beendet sei, liege darin, daß England den Krieg völlig unvorbereitet begonnen habe, während seine Gegner völlig darauf eingerichtet waren. England müsse jetzt schwer dafür büßen, daß es nicht vorbereitet war. In vergangenen Zeiten habe eine solche Nachlässigkeit sehr oft zum Untergang eines Staates geführt. England wolle aber nicht untergehen. Deshalb müßte jeder Mann und jede Frau im Reiche einig sein und den letzten Entschluß haben, durchzuhalten bis zum letzten.

Eine irische Note an England

Haag, 3. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung von Hollands Niemees Bureau richteten Irland eine Note an die britische Regierung, in der sie sofortige Einführung der Selbstverwaltung verlangen. Lord George antwortete darauf, daß die Schwierigkeiten der gemeinsamen Regelung noch vergrößert worden seien durch die irische Forderung, daß künftig das Parlament dem vereinigten Königreich sich nicht mehr mit der irischen Landesverteidigung und nicht mehr mit anderen Fragen beschäftigen soll, auch nicht mehr mit solchen Fragen, die von Irland als rein irische, von Großbritannien aber als allgemeine Fragen angesehen würden. Der vorgelegte Zusammenschluß von Nationalisten und katholischer Geistlichkeit mit den Einwohnern habe die Lage nicht erleichtert.

Eine englische Aktion zur See?

Bern, 3. Mai. (Drahtbericht.) Der „Temps“ meldet aus London, daß die englischen Häfen seit Dienstag früh gesperrt sind. Es gehen Gerüchte in London und Paris um von bevorstehenden wichtigen Ereignissen zur See.

Amsterdam, 2. Mai. (Drahtbericht.) Wie ein holländisches Blatt aus London erzählt, teilte der Vorsitzende des Bundes der Matrosen und Heizer, James Wilson, mit, daß durch den U-Bootskrieg seit August 1914 ungefähr 15 000 englische Seeleute ungenutzt seien.

Der Krieg in Ostafrika

Haag, 3. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Amliche englische Meldung aus Ostafrika: Seit dem 21. April geht der Einmarsch der britischen Truppen von der Küste aus durch ein äußerst schwieriges Terrain, das mit dichtem Wald bedeckt und äußerst unzugänglich ist. Eine der britischen Abteilungen, die die Rückhut des Gegners am Nanugo einholte, erzielte eine deutliche Stellung und erbeutete einen großen Vorrat von Lebensmitteln, Gewehren und Munition. Versittene britische Infanterie stürmte eine deutsche Vorkostenstellung, in der eine große Anzahl Eingeborener, die als Träger dienten, verammelt war. Das Depot der Deutschen wurde eingeschleift.

Grundsätzliche Uebereinstimmung zwischen Deutschland und Holland

Haag, 3. Mai. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Bis auf wenige noch zu regelnde Detailfragen ist nunmehr in allen zwischen Deutschland und Holland verhandelten Fragen grundsätzliche völlige Uebereinstimmung erzielt worden.

Haag, 3. Mai. (Drahtbericht.) Auf Anfrage beim zuständigen Amt hört der Korrespondent der „Tögl. Rundsch.“, daß in den letzten Tagen in den politischen Verhandlungen in einigen wichtigen Punkten eine Verständigung erzielt worden ist, daß die Krise in ihrer Gesamtheit jedoch noch nicht als beseitigt gelten kann. Wichtigkeit wird die Aufhebung der verschärften militärischen Sicherheitsmaßnahmen im Telegraphen- und Fernsprechverkehr und im Eisenbahnenverkehr.

Haag, 3. Mai. (Drahtbericht.) Heute wird Baron Brederberg, der holländische Gesandte in Stockholm, hier erwartet. Als Grund wird die Regelung einer zwischen Schweden und Holland schwebenden Wirtschaftsstange genannt. Da aber außerdem von einer Erschütterung des Ministerrats des Reiches London gesprochen wird, so bringt man vielfach die Reise Brederbergs mit den Erörterungen über die Veränderungen im Kabinett in Zusammenhang.

Zur Verhaftung des ukrainischen Kriegsministers

Wien, 3. Mai. (Drahtbericht unseres Wiener Mitarbeiters.) Zum Eingreifen Eichhorns gegen die Wiener Mitarbeiter wird hier erklärt, daß es auf Grund seiner militärischen Kompetenz, zwar ohne Mitwirkung österreichisch-ungarischer Faktoren, aber nur dann, weil Kiew außerhalb der austro-ungarischen Okkupationszone liegt, erfolgt sei. Sachlich besteht diesbezüglich zwischen Wien und Berlin vollkommene Uebereinstimmung.

Auch der „Neuen Freien Presse“ wird von unternetzter Seite mitgeteilt, daß die österreichische Regierung mit den deutschen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Ukraine einverstanden ist. Man darf bei Beurteilung der Vorgänge in der Ukraine nicht außer acht lassen, daß es sich hier um einen Staat mit wenig konsolidierten Verhältnissen handelt, in dem Mischverhältnisse nicht zugelassen werden können, durch die die Erreichung des Zieles und die Erfüllung unserer großen Aufgaben gefährdet werden könnte. Es ist abgesehen von konstatieren, daß die Bevölkerung der Ukraine die Maßnahmen des Oberkommandos mit großer Ruhe aufgenommen hat.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Kiew: Das kiewer Organ des ukrainischen Kriegsministeriums bringt die Meldung, daß ein beständiger Staat, geführt auf den Friedensvertrag von Brest-Litowsk, Ansprüche auf die Krone erhebe und daß die Ukraine weiterhin keine eigenen Truppen auf der Halbinsel besessen will. In den letzten Tagen sind 1200 Waggon Getreide aus der Ukraine eingetroffen.

Die Einnahme Wiborgs

Kopenhagen, 3. Mai. (Drahtbericht.) Ueber die Einnahme Wiborgs durch die finnischen Truppen wird gemeldet: Die Beschießung dauerte 11 Stunden, wodurch die Stadt erheblich beschädigt wurde. Die Verluste der Roten Garde waren beträchtlich; sie betrafen 200 Tote. Der frühere sozialistische Landtagspräsident Manner wurde gefangen genommen. — In Helsingfors ist die Stimmung fast allgemein monarchisch bei den Parteien. Bisher wurden von den gefangenen 11 000 Mitgliedern der Roten Garde nur vereinzelt hingerichtet, und zwar erst nach gerichtlichem Urteil.

Anwahre Gerüchte

Berlin, 3. Mai. (Amlich.) Umlaufende Gerüchte, daß bei unseren letzten Operationen im Westen eine große Anzahl unserer Leute durch Ertrinken den Tod gefunden habe, entstehen wie und von wohlbekannter Seite erklärt wurde, jeder Grundlos.